

## Glashaus?

Daß Johannes Paul II. die Journalisten, die er Ende Januar zu einer Audienz im Rahmen der Feier des Außerordentlichen Heiligen Jahres empfing, mit „Meine Freunde“ anredete, kann man gut verstehen. Schließlich hat der gegenwärtige Papst einigen Grund, mit den Medien zufrieden zu sein, die seinen Pontifikat von Anfang an nicht nur mit *großer Aufmerksamkeit*, sondern durchweg auch mit beträchtlichem *Wohlwollen* begleiten. Man braucht nur an die Besuche Johannes Pauls II. in der Bundesrepublik und jetzt in Österreich zu denken, bei denen die elektronischen Medien dem hohen Gast pausenlos auf der Spur waren und die ein breites publizistisches Echo fanden.

Die Beachtung, die der Papst vor allem dank seiner persönlichen Ausstrahlung findet, kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Verhältnis Kirche – Medien längst nicht alles zum besten steht. Johannes Paul II. hat in seiner Ansprache an die Journalisten dazu einige interessante *Stichworte* geliefert. Die Entwicklung der Kirche seit dem Zweiten Vatikanum, so der Papst, habe dem religiösen Berichtstatter „neue und breitere Interessenräume“ aufgetan; das bringe eine größere Verantwortung mit sich. Parteilichkeit und Manipulation seien besonders dann zu verwerfen, wenn es um die religiöse Dimension des Menschen gehe.

Tatsächlich fehlt es in den profanen Medien vielfach am Sachwissen wie am Einfühlungsvermögen, wenn kirchliche Vorgänge und religiöse Entwicklungen analysiert und kommentiert werden. Auch wenn dabei vielfach keine böse Absicht im Spiel ist, sondern sich die schwindende Selbstverständlichkeit religiöser Tradition und kirchlicher Bindung niederschlägt: Es ist ein gutes Recht der Kirche, an die Verantwortung der

Journalisten zu erinnern und auf korrekte und sachkundige Berichterstattung in den Medien zu drängen.

Dafür muß sie allerdings selber einige *Voraussetzungen* erbringen. Nach den Worten des Papstes bemüht sich die Kirche darum, ein „Glashaus“ zu sein, wo alle sehen könnten, was vor sich gehe und wie sie ihre Sendung erfülle. Man wird kaum behaupten können, diese Aussage beschreibe die kirchliche Wirklichkeit. Zwar werden die Reisen des Papstes vom Fernsehen bis in den letzten Winkel ausgeleuchtet; aber aufs Ganze gesehen, kann vom „Glashaus“ Kirche keine Rede sein. Gegenbeispiele liefern etwa die unzulängliche Pressearbeit bei den Vollversammlungen der Bischofssynode wie die oft eher dürftigen Kommuniqués zu Vollversammlungen der Deutschen Bischofskonferenz.

Niemand wird von der Kirche verlangen, sie solle in dem Sinn ein Glashaus werden, daß sie Entscheidungsprozesse und Konflikte nur noch coram publico austrägt. Wichtiger, als die Häufigkeit kirchlicher Themen in den Nachrichtensendungen zu zählen, wie jetzt in einer bischöflichen Untersuchung geschehen, wären allerdings ein verstärktes Bemühen um sorgfältige, verständliche und rechtzeitige Information und etwas weniger Geheimniskrämerei. Je mehr schließlich in der Kirche selber eine wirkliche *Öffentlichkeit* besteht, in der offen, genau und kritisch über die jeweils anstehenden Probleme gesprochen wird, desto besser dürfte es auch gelingen, die profanen Medien für die vom Papst in seiner Ansprache hervorgehobene religiöse Dimension zu sensibilisieren. ru

## Versöhnung

Die Ereignisse des Februars 1934 haben in Österreich bis heute kaum minder traumatische Nachwirkungen als der „Anschluß“ von 1939.

Nach der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 durch die damalige Regierung mit dem christlich-

sozialen Bundeskanzler *Engelbert Dollfuß* an der Spitze war es am 12. Februar 1934 zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den paramilitärischen Organisationen der politischen Parteien gekommen. In Wien und in den Industriezentren Oberösterreichs – von dort war der Aufstand der Schutzbundleute ausgegangen –, der Steiermark und Tirols war teilweise sogar unter Einsatz von Kanonen gegen aufständische Arbeiter vorgegangen worden. Dabei gab es mehrere hundert Tote. Die genaue Zahl ist bis heute umstritten. Trotz heftiger ausländischer Proteste hat die Regierung Dollfuß von den standrechtlich verhängten Todesurteilen neun vollstreckt. Die Vorgänge aus jener Zeit haben nicht nur das Ende der österreichischen Republik beschleunigt und den nationalsozialistischen Druck auf Österreich erleichtert, sondern auch das Verhältnis der beiden großen politischen Parteien Österreichs, der in der Nachfolge der Christlichsozialen stehenden Volkspartei und der Sozialisten, zueinander trotz lange währender Großer Koalition in der Nachkriegszeit belastet.

Die Gedenkfeiern im Februar dieses Jahres waren ganz auf Versöhnung gestimmt, und außer der Störung einer militärischen Gelöbnisfeier in Anwesenheit des Bundespräsidenten in dem 1934 besonders umkämpften Karl-Marx-Hof verliefen sie auch ganz und gar friedlich. Da die Kirche als Parteigängerin der Christlichsozialen von damals in die Vorkommnisse von 1934 und schon in deren Vorgeschichte stark involviert war, verstand es sich von selbst, daß von Seiten der Kirche bei den Gedenkfeiern eigene Akzente gesetzt wurden.

Das geschah vor allem bei der als Wortgottesdienst im Stephansdom gehaltenen kirchlichen Gedenkfeier, an der fast die gesamte politische Führung des Landes mit Bundespräsident *Rudolf Kirchschläger* und Bundeskanzler *Fred Sinowatz* teilnahm. In seiner Predigt sprach Kardinal *König* in Richtung Kirche wie in letzter Zeit schon öfters besonders selbstkritisch. Der Kardinal bekannte sich zum Versagen der Katholiken und der Kirche

in jenen Tagen und gestand deren Mitschuld an den bürgerkriegsähnlichen Ereignissen ein. Die Kirche, so der Kardinal, habe sich dadurch schuldig gemacht, daß „sie sich beide Hände binden ließ von der Gewalt der Zeit“.

Ähnlich wie Nationalratspräsident *Anton Benya* bei der offiziellen Gedenkundgebung des Parlaments warnte der Kardinal davor, im politischen Gegner den Feind zu sehen, und verwies auf die Notwendigkeit, über alles Trennende hinweg miteinander im Gespräch zu bleiben. Eines dürfe es nie wieder geben: daß Bruder gegen Bruder steht. So bleibt zu hoffen, daß über die Worte des mahnenden Erinnerns hinaus in der Kirche selbst Taten gesetzt werden, die vom Bemühen um eine Verständigung gerade mit jenen Gruppierungen in der österreichischen Bevölkerung getragen werden, deren Kirchenferne oder Kirchenfeindlichkeit auf die Februarereignisse von 1934 zurückzuführen sind. Aufzuarbeiten gibt es auf beiden Seiten noch eine ganze Menge. ra

## Geste

Sosehr ökumenische Begegnungen und Gespräche inzwischen vielfach zur Routine geworden sind: einen Brief des EKD-Ratsvorsitzenden an den Papst gibt es ebensowenig alle Tage wie eine Predigt des Papstes in einer lutherischen Kirche. Der Brief, den Landesbischof *Eduard Lohse* jetzt nach Abschluß des Lutherjahrs an Johannes Paul II. richtete, fällt in eine aus verschiedenen Gründen *beikle Phase* der Bemühungen um die Einheit der Kirchen.

Es ist in einer solchen Situation wichtig, für das Erreichte dankbar zu sein und positive Entwicklungen ausdrücklich festzuhalten. Genau das tut Bischof Lohse, wenn er auf die offiziellen katholischen Stellungnahmen zu Martin Luther anlässlich des Jubiläumsjahrs hinweist und vom gemeinsamen Zeugnis von Katholiken und

Protestanten spricht, das im Lutherjahr Wirklichkeit geworden sei.

Tatsächlich stimmten die *offiziellen katholischen Äußerungen* darin überein, daß sie sich um eine positive Würdigung des Reformators jenseits polemischer Verzechnungen und Unterstellungen bemühten und gleichzeitig bekräftigten, daß die katholische Kirche den mit dem Ökumenismusdekret des Zweiten Vatikanums eingeschlagenen Weg weiterverfolgen wird.

Der Brief des Ratsvorsitzenden verbindet den Dank für die katholische Beteiligung am Lutherjubiläum und den Aufruf zur Bezeugung des gemeinsamen Glaubens an Jesus Christus vor aller Welt mit dem *Bedauern* darüber, daß „keine gemeinsame Mahlfeier unser Zeugnis hat krönen dürfen“. Damit wird das wichtigste der drei Anliegen nochmals aufgenommen, die Lohse schon bei der Begegnung des Rates der EKD mit Johannes Paul II. während seines Deutschlandbesuchs vorgetragen hatte und die auch sonst immer wieder als vorrangige protestantische Wünsche an den katholischen Partner im ökumenischen Gespräch auftauchen.

So verständlich der von Lohse eher dezent-verhalten vorgetragene Wunsch nach mehr eucharistischer Gastfreundschaft zwischen Katholiken und Protestanten ist, er wirft etliche *Fragen* auf. Ist es sinnvoll, immer wieder sofort auf das Problem der gegenseitigen Zulassung zur Eucharistie hinzusteuern, obwohl man sich dessen bewußt ist, daß hier ekklesiologische Grunddifferenzen ins Spiel kommen? Kann man das Anliegen der eucharistischen Gastfreundschaft angehen, ohne gleichzeitig darüber Rechenschaft zu geben, welche Form der verbindlichen Gemeinschaft zwischen den getrennten Kirchen angezielt wird? Bischof Lohse spricht davon, daß die Wege, auf denen Katholiken und Protestanten nach Einheit suchten, nicht immer dieselben seien. Genau hier liegt das eigentliche Problem, das im ökumenischen Dialog künftig noch deutlicher in den Vordergrund treten wird.

Solche Fragen zu stellen bedeutet allerdings nicht, daß die offizielle ka-

tholische Position in dieser Sache unanfechtbar wäre. Es gibt bedenkenswerte theologische und pastorale Gründe, die für ein *größeres Maß an eucharistischer Gastfreundschaft* zumindest in bestimmten Fällen sprechen, ohne daß dabei das katholische Kirchenverständnis aufs Spiel gesetzt werden müßte. ru

## Wegdefiniert

Das Zentrum für Wissenschaft und berufliche Praxis der Universität Bielefeld hat im Januar eine Studie über Fremdenfeindlichkeit veröffentlicht. Obwohl sie das zweifellos hochbrisante Thema, das jeden wissenschaftlichen Eifers wert ist, aus der Perspektive der Wissenssoziologie sehr systematisch angeht und zugleich für jedermann verständlich behandelt, ist die Studie doch ein Musterbeispiel dafür, wie mit viel theoretischem Aufwand nicht nur lauter Selbstverständlichkeiten reproduziert werden, sondern am Schluß auch noch ein Ergebnis herauskommt, das am eigentlichen Problem haarscharf vorbeigeht. Man könnte auch sagen, sie definiert den Sachverhalt in eine Richtung, wo man konkret und praktisch nichts mehr damit anfangen kann, obwohl alles sehr praxisbezogen aussieht und obwohl es den Autoren um theoretische Grundlegung im Gegensatz zu bloß handgestrickter Theorie der Ausländerfeindlichkeit zu tun ist.

Die Autoren geben eine Definition von Fremdenfeindlichkeit, die jeden – ob In- oder Ausländer – zum Fremdenfeind stempeln würde, der nicht für eine völlige *rechtliche* Gleichstellung der auf dem Gebiet der Bundesrepublik lebenden Ausländer mit deutschen Staatsangehörigen eintritt. Denn unter Ausländerfeindlichkeit, so befinden die Autoren der Studie, „verstehen wir jede Weigerung, dem Ausländer dieselben Rechte einzuräumen, die die Inländer innehaben, solange die Ausländer nicht auch die bisher geltende Inländeridentität angenom-